

Härtefallstreit geht in Zusatzrunde

Die Luzerner Regierung muss Informationen nachliefern. Derweil geben Zahlen Aufschluss über den Aufwand der Rückforderung.

Alexander von Däniken

Der Streit um die Rückforderung von Härtefallgeldern geht in die Verlängerung. Zur Erinnerung: Der Luzerner Regierungsrat erhielt vom Parlament zwei Monate Zeit, um der Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Kantonsrats Lösungsvorschläge zur umstrittenen bedingten Gewinnbeteiligung zu präsentieren (siehe Box). Das war am 19. März. Die WAK beugte sich letzte Woche über Fakten und Varianten – und war damit nicht zufrieden, wie sie nun mitteilt.

Die Kommission unter dem Vorsitz des Ebikoners SVP-Kantonsrats Guido Müller sei «einstimmig der Auffassung, dass sie für eine abschliessende Beurteilung weitere detaillierte Angaben benötigt». Sie hat den Regierungsrat um entsprechende Ergänzungen gebeten. Weitere Details gibt die Kommission auf Anfrage nicht preis. Die Regierung hat bis zur nächsten Sitzung der WAK Ende Juni Zeit, um die Informationen nachzuliefern.

«Führt zu grosser Verunsicherung»

Diese Verzögerung kommt bei den Wirtschaftsverbänden er-

wartungsgemäss nicht gut an. Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL) schreibt auf Anfrage, dass viele betroffene Firmen seit nunmehr drei Jahren auf Grund der schwer nachvollziehbaren Informationen und Verfügungen des Kantons nicht wissen, was genau an finanziellen Forderungen auf sie zukommen werde. «Das führt zu grosser Verunsicherung und Unklarheiten.» Die neueste Entwicklung belaste die Firmen und führe zu Recht zu Unverständnis.

Ähnlich tönt es bei Gastro Luzern, dem Branchenverband, dessen Mitglieder von den behördlichen Massnahmen besonders betroffen waren: «Es ist enttäuschend, dass die über 700 Betriebe, welchen eine Verfügung seitens Kanton droht oder die sie bereits erhielten, immer noch keine Planungssicherheit haben. Nach wie vor stehen Existenzen nicht nur von Unternehmen, sondern auch von Mitarbeitenden auf dem Spiel.»

Parallel laufen Beschwerdeverfahren

Treuhänder Simon Bachmann, der Härtefallunternehmen berät, sagt: «Es ist für die betroffenen Betriebe wichtig, dass die

«Es ist für die betroffenen Betriebe wichtig, dass die Regierung nun rasch Klarheit schafft.»

Simon Bachmann
Treuhänder

Regierung nun rasch Klarheit schafft und der WAK die geforderten Ergänzungen zügig liefert.» Gegen diese bedingte Gewinnbeteiligung wehren sich mehrere Branchenverbände und Unternehmen. Um den Streit juristisch zu lösen, wurden einzelne Musterfälle bestimmt, mit denen der Gerichtsweg besritten wird. Trotzdem müssen alle Unternehmen, die mit der Rückforderung von Härtefallgeldern nicht einverstanden sind, Beschwerde einlegen; also quasi

Zuerst «à fonds perdu»

Bund und Kanton halfen Unternehmen während der Coronapandemie mit sogenannten Härtefallbeiträgen aus. Sie waren zuerst als «à fonds perdu», also nicht zurückzuzahlen, gekennzeichnet.

Später teilte der Regierungsrat mit, die betroffenen Firmen müssten das Geld dann zurückgeben, wenn sie Gewinn erzielen. Für Unternehmen mit einem Umsatz von über 5 Millionen Franken ist der Bund zuständig, was auch für Rückforderungen gilt. (avd)

die erste Sprosse auf der Verfahrenleiter erklimmen.

Was kompliziert klingt, wird jetzt von Zahlen des Kantons untermauert, die unserer Zeitung vorliegen. Demnach hat der Kanton letztes Jahr knapp 10,8 Millionen Franken an Härtefallgeldern zurückgefordert. Davon musste er wegen des Bundesanteils bei der Auszahlung knapp 8,3 Millionen Franken nach Bern überweisen.

Von den verbleibenden rund 2,5 Millionen Franken gin-

gen über 900 000 Franken zur Risikoabdeckung weg, über 480 000 Franken musste die für die Härtefälle zuständige Dienststelle Raum und Wirtschaft der Dienststelle Steuern überweisen, fast 220 000 Franken wurden als «übrige Dienstleistungen/Honorare» abgebucht und mehr als 25 000 Franken gingen für Rechtsberatungen und Anwaltskosten weg. Unter dem Strich blieben dem Kanton Luzern von den 10,8 Millionen noch rund 882 000 Franken – oder 8 Prozent der eingeforderten Summe.

«Vermutlich sind Aufwände noch höher»

Laut KGL-Präsident Peter With (SVP) muss davon ausgegangen werden, dass hier keine Vollkostenrechnung vorliegt. «Vermutlich sind die Aufwände der Verwaltung sogar noch höher.» Zudem seien die durch diese Rückführung verlorenen Unternehmensgewinnsteuern nicht eingerechnet. Alles in allem bestätige die Zusammenstellung die bisherige Einschätzung der Verbände. Auf Grund der erheblichen Verwaltungs- und Gerichtskosten fehle einfach die Verhältnismässigkeit.

Für die Luzerner Steuerzahler komme so gar kein Geld zurück und damit ergebe die bedingte Gewinnbeteiligung weder finanziell noch volkswirtschaftlich einen Sinn, sagt With weiter. Das sei auch der Grund, weshalb alle anderen Kantone von dieser Rückführung absähen.

«Einige Fragen zur Verhältnismässigkeit»

Gastro Luzern teilt zur Aufstellung mit, dass sich «tatsächlich einige Fragen zur Verhältnismässigkeit» stellen würden. «Wir wären nicht überrascht, wenn bei einer transparenten Vollkostenrechnung – unter Einbezug aller zusätzlich angestellten Mitarbeitenden und im Mandat arbeitenden Experten und Juristen sowie der Kosten, welche die Gerichtsverfahren generieren – unter dem Strich der Steuerzahler draufgeht.»

Treuhänder Simon Bachmann fügt an: «Wir hören von zahlreichen Unternehmen, dass sie bei einer Rückforderung den Betrieb aus finanziellen Gründen einstellen müssten. Dadurch würden der öffentlichen Hand nochmals weitere Kosten im Bereich der Arbeitslosenkasse und der Sozialwerke entstehen.»

Das kosten Rostbraun und Olivgrün an Energie

Die Hochschule Luzern hat eine Farbpalette für Solarpanels entwickelt, die auch die Energieeffizienz anzeigt.

Alexander von Däniken

Mit Fotovoltaikanlagen ist es so eine Sache: Die Energiepolitik verlangt nach einem schnellen Ausbau. Aber der stockt, weil unter anderem die anthrazitfarbenen Panels manche Hauseigentümer, deren Nachbar oder die Denkmalschutzkommission stören. Eingefärbte Panels bieten sich als Kompromiss an; sei es in einem warmen Erdton an einer Fassade oder in einem Rostrot auf dem Dach. Der Nachteil: Je nach Farbe und Muster verringert sich die Energieeffizienz der Anlage.

Forschende des Departments Design, Film und Kunst der Hochschule Luzern haben sich vor einem Jahr des Themas angenommen und unter anderem mit Kolleginnen und Kollegen des Departments Technik und Architektur einen Farbfächer entwickelt, der mehr kann, als möglichst genau Farben und Muster darzustellen. Textildesigndozentin Brigitt Egloff, die das Projekt zusammen mit Tina Moor leitet, sagt: «Der Fächer zeigt rund 1000 Farben und Muster und dazu auch die jeweilige Energieeffizienz. So können sich Architekten, Planerinnen und Gebäudeeigentümer ein gutes Bild davon machen, was auf sie zukommt.»

Optische Farbmischung für schnellere Resultate

Ganze Flächen könnten so gestaltet werden. Es kommen Far-



Brigitt Antonia Egloff (links) und Tina Moor vor der Demo-Wand an der Monosuisse AG.

Bild: Manuela Jans-Koch (Emmen, 24. 5. 2024)

ben und Muster zum Einsatz, welche die gleiche Energieeffizienz aufweisen. Solarpanels werden mittels Keramikdruck

auf den Deckgläsern eingefärbt. Die Hochschule Luzern setzt zusätzlich auf optische Farbmischungen, was eine Varianz

an Farben ermöglicht. So werde der Planungsprozess erheblich beschleunigt. Wie das Ganze in einem grösseren Massstab aus-

sieht, kann ab sofort bei der Hochschule in der Viscosistadt in Emmenbrücke besichtigt werden. An einer zehn Quadrat-

meter grossen Demo-Wand sind verschiedenfarbige Solarmodule mit der gleichen Effizienz angebracht, darunter kann die jeweils gelieferte Energie in Echtzeit abgelesen werden. Die Forschenden arbeiten parallel an einer digitalen Umsetzung ihres Farbfächers. Und: «Wir starten ein Nebenprojekt, bei dem es auch um eine Umsetzung mit Augmented Reality geht», sagt Brigitt Egloff. Planer und Hauseigentümer sollen also durch ein Handy oder eine Brille auf ihr Gebäude sehen können, wobei gleichzeitig die Fotovoltaik-Anlage in der gewünschten Farbe und mit der entsprechenden Energieeffizienz angezeigt wird.

Grosses Interesse an «Solar Design Tools»

Das Interesse an den «Solar Design Tools», wie sie die HSLU nennt, ist bereits gross. Laut Egloff will das Verkehrshaus auf diese Weise einen Solarunterstand mit Ladestation ausrüsten. Ausserdem soll mit dem ebenfalls in Luzern gelegenen Hotel Drei Könige ein erster Anwendungstest im grösseren Massstab folgen. Am Forschungsprojekt, das noch ein Jahr läuft, sind ausserdem die auf Solaranlagen spezialisierten Firmen Sunage AG, BE Netz AG und Plan-E AG. Ziel ist laut Egloff, den Einsatz von gefärbten Solarmodulen zu vereinfachen und so im Idealfall dafür zu sorgen, dass der Fotovoltaikausbau schneller geht.